

---

20. Juli 2010

## Vorsicht, Kopfpauschale!



### **Schwarz-Gelb will das solidarische Gesundheitssystem zerschlagen**

Für die Versicherten wird es teuer: Union und FDP machen den Weg frei für höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und für unbegrenzte Zusatzbeiträge. Die Arbeitgeber entlässt Schwarz-Gelb aus der Verantwortung. Ihr Anteil liegt bereits unter dem der Versicherten und wird bei 7,3 Prozent eingefroren. Alle künftigen Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten tragen - als pauschale Zusatzbeiträge. Diese sind nichts anderes als die Kopfpauschale durch die Hintertür.

### ***Der unsoziale Geist setzt sich durch***

Mit dieser Kopfpauschale belastet Schwarz-Gelb arme Menschen besonders massiv. Ein Sozialausgleich greift erst, wenn die

Gesundheitskosten aus allgemeinen Beiträgen und Zusatzbeiträgen zusammen mehr als 10,2 Prozent des Einkommens der Versicherten betragen. So viel Beitrag war noch nie.

### ***Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen!***

DIE LINKE kann und wird das nicht hinnehmen und für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung streiten: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird perspektivisch abgeschafft. Wer wenig hat, zahlt wenig. Wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Die Parität wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.

### ***Mit Köpfchen gegen die Kopfpauschale***

Krankheit kann jeden Menschen treffen. Im Krankheitsfall müssen alle eine umfassende Gesundheitsversorgung erhalten – unabhängig von ihrem Einkommen. Die Kosten dafür können die Einzelnen belasten oder gar überfordern, da sie über unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten verfügen. Um dies zu verhindern, gibt es den Solidargedanken in der Krankenversicherung als grundlegendes Prinzip: Alle Versicherten zahlen entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten unterschiedlich hohe Beiträge und haben dennoch Anspruch auf gleiche Leistungen.

### **Regierungskommission schmört im eigenen Saft**

Union und FDP steuern zielstrebig auf das Ende des Solidarprinzips zu. Sie wollen die Kopfpauschale – wenn auch schrittweise. Schwarz-Gelb hofft, dass die Salamtaktik öffentlich weniger wahrgenommen wird. Die so genannte Regierungskommission – eine kleine Ausgabe der zerstrittenen Koalition – verhandelt nun hinter verschlossenen Türen über die Details. Doch es ist ein offenes Geheimnis, was am Ende dabei herauskommen wird.

### **Kopfpauschale ist Hartz IV im Gesundheitswesen**

Künftig sollen die Rentnerin und der Abteilungsleiter den gleichen Beitrag einzahlen. Menschen mit geringem Einkommen zahlen damit in Zukunft mehr, Besserverdienende dagegen weniger. Mit allen zukünftigen Ausgabensteigerungen werden ausschließlich die Versicherten belastet, Arbeitgeber hingegen geschont. Der angekündigte »Sozialausgleich« durch Steuergelder ist ein Schwindel. Er ist mit bis zu 30 Milliarden Euro nicht nur unfinanzierbar, sondern bleibt auch unsozial. Denn erstens werden damit große Teile der Bevölkerung zu Bittstellern beim Staat und zweitens bezahlen alle diese Menschen auch Steuern – und subventionieren sich somit teilweise selbst. DIE LINKE wird entschieden gegen die Kopfpauschale kämpfen, die kein einziges Problem löst, sondern nur neue schafft.

### **Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung**

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt die Kopfpauschale entschieden ab. Die meisten Menschen wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem breite Schultern mehr Lasten tragen als schmale. DIE LINKE streitet weiter für die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Alle Menschen sollen sich am Solidarsystem beteiligen. Jede und jeder zahlt prozentual das Gleiche – wer mehr hat, muss auch mehr zahlen. Alle Einkommensarten werden herangezogen, auch Kapital-, Miet-, und Pächterträge. Geringverdienende werden durch Freigrenzen entlastet. So machen wir das Gesundheitssystem fit für die Zukunft.

[www.linksfraktion.de/kopfpauschale](http://www.linksfraktion.de/kopfpauschale)



## **Alle müssen sich wehren - UNION und FDP sparen den Sozialstaat kaputt!!!**

Wie in Griechenland sollen jetzt auch in Deutschland Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Alleinerziehende, Familien und Rentner für die Finanzkrise zahlen: Leistungen für Arbeitslose werden gekürzt, Hartz IV-Beziehenden wird das Elterngeld und der Zuschuss zur Rentenversicherung gestrichen, der Heizkostenzuschuss entfällt. 15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, außerdem drohen Gehaltskürzungen.

### **Sparprogramm ist ein Reichtumpflegeprogramm**

Die Rettung der Banken hat die deutschen Staatsschulden bis Ende 2009 um 99 Milliarden Euro erhöht. Auch das 750 Milliarden schwere Euro-Rettungspaket nützt vor allem Finanzinstituten. Union und FDP weigern sich, Krisenverursacher und -gewinnler an den Kosten zu beteiligen. Das wäre möglich – mit einer gerechten Erbschaftsteuer, einem höheren Spitzensatz der Einkommensteuer, der Wiedererhebung der Vermögensteuer sowie der Finanztransaktionssteuer.

### **Millionäre, Spekulanten und Banken zur Kasse!**

**DIE LINKE** ist die einzige Partei mit einem gerechten Sanierungskonzept:

1. Steuererhöhung für die Krisenverursacher und -gewinnler
2. Nutzung der Mehreinnahmen für ein kommunales Wachstumsprogramm
3. Schuldenabbau.

Die Steuergerechtigkeit muss wieder hergestellt werden.  
Weitere Details zum "**Sparpaket**" der Bundesregierung.

### **Informationen für Betroffene, die mit der ARGE zu tun haben.**

Unser Arbeitskreis "Hartz IV" hat Ihnen **10 Regeln** zum Umgang mit der ARGE zusammengestellt. Diese sollten Sie sich herunterladen und aufmerksam lesen. Es hilft Ihnen dabei, Ihre Rechte besser einschätzen und auch einfordern zu können. Weitere ausführliche Informationen finden Sie in unserer Informationsschrift "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!". Ebenso steht Ihnen unser Arbeitskreis gerne für Informationen zur Seite.

**Aus aktuellem Anlass zum "ARGE-Skandal" bieten wir Ihnen ein Formular zum Auskunftersuchen nach § 83 SGB X an. Lesen Sie hierzu unsere Pressemitteilung.**

Quelle: <http://www.dielinke-wesseling.de/>